

Von Katharina Millar, Belfast

10.04.2016

Reise nach England oder Anklage

Nordirland hält an seinem Abtreibungsverbot fest / Neuer Protest nach Verurteilung

Eine 21-Jährige ist wegen eines Schwangerschaftsabbruchs verurteilt worden. Das nordirische Abtreibungsgesetz ist

emeinsam sind wir stark

inker Journalismus ist mir etwas wert!



itische und katholische
dirland für gewöhnlich auf
er stimmen sie überein: Sie
rutschhüter«. Was man gerade
chte, die Kriminalisierung
ibung, ist in Nordirland seit
alität. Das musste am
che eine 21-jährige
ren, die zu drei Monaten
teilt wurde.

1 möchte jetzt abonnieren

1 zahle freiwillig

1 beteilige mich mit einer regelmäßigen Zahlung

bin schon Abonnent

beteilige mich später

en Ländern

n Ländern gelten
... Bestimmungen. Dem restriktiv ist das Recht unter anderem in Polen, Irland und Malta. Eine Auswahl:

Komplett anzeigen

Die junge Frau war infolge einer Anzeige ihrer Mitbewohner angeklagt worden, zwischen der 10. bis 12. Schwangerschaftswoche eine Fehlgeburt durch Einnahme von »Gift« herbeigeführt zu haben. Das »Gift«? Die von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) anerkannten Abtreibungspillen Mifegyne und Misoprostol, mit denen inzwischen der Großteil der Schwangerschaftsabbrüche in Großbritannien durchgeführt wird.

Zwar fand sich die Republik Irland, die Fötus und schwangere Frau gesetzlich wertgleich stellt, in den letzten Jahren mehrfach in den internationalen Schlagzeilen, wenig bekannt ist jedoch, dass es in Nordirland um die Rechte für Frauen nicht viel besser steht. Ein Gesetz von 1861 erlaubt Abtreibung nur »bei Gefahr für das Leben« oder bei »nachweislich schwerwiegender und langfristiger Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes«. Die Höchststrafe bei Zuwiderhandlung liegt bei lebenslänglicher Haft, da ist sogar die Republik mit »nur« 14 Jahren liberaler.

1967 wurde Abtreibung in Großbritannien – England, Schottland und Wales – legalisiert. Die Kosten für einen Abbruch werden dort vom Gesundheitssystem übernommen. Das gilt jedoch nicht für Frauen aus Nordirland, wo aufgrund der Gesetzeslage und mangelnder Richtlinien für medizinisches Personal nur etwa 30 legale Abbrüche pro Jahr vorgenommen werden. Jährlich sind so über 1000 Frauen mit ungewollten Schwangerschaften oder nicht lebensfähigen Föten auf sich allein gestellt. Ihnen bleibt nur, auf eigene Kosten nach England zu reisen. Sogar der Oberste Gerichtshof in London hatte zuletzt im Mai 2014 eine Klage auf Kostenübernahme für ein 15-jähriges Mädchen zurückgewiesen.

Die Zahl der Frauen, die in Kliniken in England irische und nordirische Heimatadressen angeben – laut britischem Gesundheitsministerium waren es 4572 im Jahr 2014 – ist über die Jahre leicht gesunken. Gleichzeitig steigen die Zahlen für vom Zoll beschlagnahmte Abtreibungspillen, die über internationale Organisationen wie »Women on Web« oder »Women Help Women« nach medizinischer Beratung im Internet bestellt werden können.

Auch die junge Frau in Belfast hatte diesen Ausweg gewählt, da sie das Geld für den Abbruch in England nicht aufbringen konnte. In Nordirland schein es ein unterschiedliches Gesetz für Reiche und Arme zu geben, befand ein Richter am Belfaster Obersten Gerichtshof im vergangenen November und urteilte ebenfalls, dass das Abtreibungsgesetz in seiner jetzigen Fassung gegen die Europäische Menschenrechtskonvention verstoße.

Hunderte Frauen und Männer im Norden und Süden der Insel gehen bereits seit Monaten auf die Straße und fordern lautstark umfassende Gesetzesänderungen. Unterstützt werden sie dabei von Amnesty International, Gewerkschaftsvertretern, den neu entstehenden politischen Bewegungen und Parteien sowie Umfragen, nach denen sich etwa 70 Prozent der Bevölkerung für eine Entschärfung der Abtreibungsgesetze ausspricht.

Unionistische wie nationalistische Politiker weigern sich bisher einen Bedarf für eine Reformierung des Systems zu erkennen. Im Februar stimmten von den 108 nordirischen Parlamentariern lediglich 40 für Ausnahmen bei nicht lebensfähigen Föten, 32 für Ausnahmen bei Vergewaltigung und Inzest. Hätte Sinn Féin sich auf ihrem Parteitag im vergangenen Jahr nicht dazu durchgerungen, Abtreibung zumindest in extrem limitierten Fällen zu befürworten, wären es gerade einmal fünf Stimmen gewesen.

Artikel weiterempfehlen und ausdrucken

Hinweis zum Datenschutz: Wir setzen für unsere Zugriffsstatistiken das Programm [Piwik](#) ein. Besuche und Aktionen auf dieser Webseite werden statistisch erfasst und ausschließlich anonymisiert gespeichert.